

## RESOLUTION

---

Bern, 18. Mai 2009

Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

### **JA zu einer starken und solide finanzierten IV**

Gerade in der Krise ist ein sicher und stark geknüpfted soziales Netz wichtig: Die Sozialversicherungen stützen die Konjunktur und geben den Menschen Sicherheit. Zu diesem Netz gehört auch eine starke Invalidenversicherung (IV). Sie stützt die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wer der IV zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigten Mittel vorenthält, betreibt Sozialabbau auf dem Buckel der Schwächsten.

Die IV ist in den letzten Jahren in eine immer tiefere Verschuldung geraten. Sie weist heute ein jährliches Defizit von 1,5 Milliarden Franken aus. Damit ist ihre Leistungsfähigkeit existentiell gefährdet. Die IV-Schulden höhlen aber auch die Reserven der AHV aus.

Einer der Gründe für diese negative Entwicklung ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren immer weniger Arbeitgeber bereit waren, leistungsschwächere Personen oder arbeitswillige und -fähige Behinderte zu beschäftigen. Dazu kommt die menschenverachtende Praxis gewisser Unternehmen, ältere Arbeitnehmende, die nicht mehr die volle Leistung bringen können, in die Invalidität zu drängen. Leider hat auch mancher öffentlicher Arbeitgeber dieses Spiel mitgemacht – und die Behörden haben all zu lange die Augen vor dieser Entwicklung verschlossen.

Die wachsenden Defizite der IV waren Anlass für die bürgerlichen Parteien und den Bundesrat, bei den Leistungen der Sozialversicherung abzubauen. Die 4. und 5. IV-Revision brachte vielen Behinderten und ihren Familien Leistungskürzungen. Die mit der 5. Revision beschlossenen Massnahmen zur Stärkung der beruflichen Eingliederung weisen zwar in die richtige Richtung, sie sind aber völlig ungenügend. So fehlt nach wie vor jede Verpflichtung für Arbeitgeber, arbeitsfähige Behinderte weiter zu beschäftigen oder anzustellen.

Die IV braucht dringend mehr Geld. Nur so können wir eine weitere Verschuldung der Versicherung stoppen und einen neuerlichen Leistungsabbau verhindern. Nur so können wir eine grosse Gefahr auch für die AHV abwenden, deren Fonds von den Schulden der IV belastet ist.

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes rufen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, am 27. September der bescheidenen Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung zuzustimmen und damit drohende Löcher im sozialen Netz der Schweiz zu verhindern.

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**